



Vorlage an den Landrat

betreffend Staatsrechnung 2002

vom 25. März 2003

1 Vorbemerkung

Entsprechend § 6 Buchstabe c der Kantonsverfassung¹ berichtet der Regierungsrat mit der Staatsrechnung gemäss § 33 Absätze 1 und 2 des Finanzhaushaltsgesetzes² über das Finanzjahr 2002. Die Staatsrechnung enthält die Verwaltungsrechnung mit der Laufenden Rechnung, der Investitionsrechnung sowie die Bilanz des allgemeinen Staatsguts, Inventare und Angaben über Verpflichtungskredite. Weiter sind die Abschlüsse von Fonds und Stiftungen beigegeben. Einzelne besondere Aspekte der Rechnung werden von den Dienststellen in der üblichen Form kommentiert.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die schweizerische Wirtschaft hat sich 2002 schleppend entwickelt und verzeichnete eine kaum spürbare Zunahme des realen BIP um 0.1 Prozent. Die wirtschaftliche Stagnation war geprägt von einer rückläufigen Inlandnachfrage, stagnierenden Exporten und sinkenden Importen. Von der Stagnation weniger stark betroffen war die Region. Die Nordwestschweizer Wirtschaft hat sich 2002 dank einer positiven Dynamik in der wertschöpfungsintensiven Chemie- und Pharmabranche über dem schweizerischen Wirtschaftswachstum entwickelt. Ob die Schweiz den wirtschaftlichen Aufschwung im laufenden Jahr aus eigener Kraft schaffen wird, hängt unter anderem davon ab, dass sich die Wirtschaftslage in der EU deutlich verbessert und dass der Franken nicht erneut spürbar höher bewertet wird.

Die unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklung hat deutliche Spuren auf dem gesamten Arbeitsmarkt in der Schweiz hinterlassen. Die Beschäftigung nahm 2002 um 0,6 % ab und die Arbeitslosigkeit ist spürbar angestiegen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen hat um rund 39 Prozent zuge-

¹ SGS 100

² SGS 310

nommen, und Ende 2002 waren rund 130'000 Arbeitslose registriert. Der Kanton Basel-Landschaft konnte sich dem negativen Trend nicht entziehen, und die Zahl der Arbeitslosen ist um 45 Prozent auf über 3'500 gestiegen. Die kantonale Arbeitslosenquote lag jedoch Ende Dezember 2002 mit 2.7 Prozent immer noch deutlich unter dem schweizerischen Mittel von 3.6 Prozent.

Die Teuerung hat sich mit einem Jahresdurchschnitt von 0.6 Prozent gegenüber 2001 rückläufig entwickelt.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der massgebenden Indikatoren:

Angaben in % (Veränderung zum Vorjahr)	1998	1999	2000	2001	2002
BIP-Wachstum (real) CH	2.4	1.6	3.0	1.6	0.1
BIP-Wachstum (real) NWCH	2.1	3.2	3.3	2.0	3.0
Jahresteuierung (Konsumentenpreisindex)	0.0	0.8	1.6	1.1	0.6
Zinssätze					
Kapitalmarkt (Rendite eidg. Obligationen)	3.04	3.04	3.93	3.33	3.17

2.2 Sonderfaktoren

Bundesrecht und interkantonale Vereinbarungen

Der Kantonshaushalt des Kantons Basel-Landschaft wird durch Faktoren mitbeeinflusst, welche durch übergeordnetes Recht (Bundesrecht oder interkantonales Recht) bestimmt und daher nicht beeinflussbar sind. Es handelt sich um sog. gebundene Ausgaben. Im folgenden werden die gebundenen Bereiche und deren Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung dargestellt.

Einfluss der Bundespolitik und von interkantonalen Vereinbarungen auf die Staatsrechnung Kanton Basel-Landschaft

In Mio. Fr.	R 2002	B 2002	Auswirkung auf Saldo L.R.
Bundesrecht			
Prämienvverbilligung gemäss KVG (netto)	45.1	39.2	-5.9
Beiträge an AHV/IV (netto)	76.3	76.9	+0.6
Beiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV (netto)	30.2	27.4	-2.8
Sockelbeiträge 1996-2001 für Zusatzversicherte	10.3	0	-10.3
Sockelbeiträge 2002 für Zusatzversicherte	9.8	0	-9.8
Interkantonale Verträge			
Uni-Beitrag an Basel-Stadt	89.3	89.0	-0.3
Beiträge i.R. von anderen <u>Hochschul</u> -Konkordaten	7.6	6.2	-0.8
Beiträge für UKBB (höheres Defizit als budgetiert)	20.2	15.4	-4.8
Beiträge an öff. Verkehr Basel-Stadt	4.8	3.7	<u>-1.1</u>
Total			-35.2

Periodenfremde Steuererträge

Beim Übergang auf die einjährige Gegenwartsbesteuerung wurde darauf hingewiesen, dass die Ertragsschätzungen für die Rechnung 2001 und für das Budget 2002 mit grossen Unsicherheiten behaftet seien. Beim gegenwärtigen Kenntnisstand zeigt sich nun, dass in der Staatsrechnung 2001 bei der Einkommens- und Vermögenssteuer natürlicher Personen zu tiefe Beträge eingesetzt worden sind. Die Differenz zum effektiven Steueraufkommen wird nun zu Gunsten der Staatsrechnung 2002 als periodenfremde Erträge verbucht.

In Mio. Fr.	R 2002	B 2002	Auswirkung auf Saldo L.R.
Periodenfremde Steuererträge			
Periodenfremde Einkommenssteuern 2001	70.0	0	+70.0
Periodenfremde Vermögenssteuern 2001	10.0	0	+10.0
Total			+80.0

Periodenfremde Aufwändungen

Folgende grösseren periodenfremden Aufwändungen sind in der Staatsrechnung 2002 enthalten:

In Mio. Fr.	R 2002	B 2002	Auswirkung auf Saldo L.R.
Periodenfremde Aufwändungen			
Sockelbeiträge 1996-2001 für Zusatzversicherte	10.3	0	-10.3
Beiträge Spitalabkommen für BS, Nachbelastung 2001	3.1	0	-3.1
Beitrag 2001 an Handelsschule KV Basel	3.3	0	-3.3
Abschreibungen unerhältlicher Gebühren aus Vorjahren bei den Gerichten	2.0	0	-2.0
Total			-18.7

3 Überblick und Gesamtbeurteilung

3.1 Überblick über die Gesamtrechnung

Die *Laufende Rechnung* schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 43.1-9 Mio. Fr. und somit leicht besser als budgetiert (46.6 Mio. Fr.) ab. Dabei gilt es folgende beiden **Sonderfaktoren** zu berücksichtigen:

- | | |
|----|---|
| a) | Auf der Ertragsseite sind 80 Mio. Fr. periodenfremde Steuern aus dem Vorjahr enthalten. |
|----|---|

- b) Auf der Aufwandseite sind insgesamt 60 Mio. Fr. Rückstellungen enthalten. Hiervon sind 42 Mio. Fr. Rückstellungen für die Ablösung der Verpflichtung zur Bezahlung der Teuerungszulage auf den auszubehaltenden Renten. Die restlichen 18 Mio. Fr. sind Rückstellungen für zukünftige Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Es handelt sich dabei um die 2. Tranche von Rückstellungen für Abschreibungen von Investitionsbeiträgen. Mit der Rechnung 2000 wurde eine erste Tranche im Umfang von 30 Mio. Fr. gebildet.

Ohne Berücksichtigung dieser Sonderfaktoren (SF) würde die Laufende Rechnung einen Aufwandüberschuss von 63.1 Mio. Fr. aufweisen und um 16.5 Mio. schlechter als budgetiert ausfallen.

Der Gesamtaufwand in der Laufenden Rechnung übersteigt das Budget um 180.4 Mio. Fr. oder 8% (*ohne SF* : 120.3 Mio. Fr.; 5.3%). Die grössten Abweichungen finden sich bei den eigenen Laufenden Beiträgen mit 50.4 Mio. Fr. (Sockelbeiträge an Zusatzversicherte +20.1 Mio. Fr., Prämienvverbilligungen gemäss KVG +14.5 Mio. Fr., EL zur AHV/IV 6.2 Mio. Fr.), bei den Einlagen in Spezialfinanzierungen mit 45.3 Mio. Fr. (Rückstellungen für Investitionsbeiträge), bei den Abschreibungen mit 38.2 Mio. Fr. (unerhältliche Gebühren, Wertberichtigung von Steuerguthaben und Finanzwerten), beim Passivzinsaufwand mit 25.6 Mio. Fr. (Vergütungszinsen der Staatssteuer) und beim Sachaufwand mit 10.3 Mio. Fr.

~~Minderausgaben oder~~ Die Erträge liegen um 183.6 Mio. Fr. oder 8.3% ~~leicht~~ über dem Voranschlag (*ohne SF*: 103.8 Mio. Fr.; 4.7%). Haupteinflussfaktoren sind 97 Mio. Fr. höhere Erträge aus der Einkommenssteuer für natürliche Personen (wovon 70 Mio. Franken aperiodisch aus dem Jahr 2001), 20.1 Mio. Fr. höhere Steuererträge auf Abfindungen und Liquidationsgewinne, 9 Mio. Fr. Vermögenssteuern (wovon 10 Mio. Fr. aperiodisch aus dem Jahr 2001), sowie 6 Mio. Fr. höhere Ertragssteuern juristischer Personen. Des weiteren liegen die Vermögenserträge (Verzugszinsen auf Steuern) um 14 Mio. Fr. über Budget. Mehrerträge von 19 Mio. Fr. resultieren auch aus den Entgelten, wovon über 13 Mio. Fr. auf höhere Erträge aus Pflögetaxen fallen. Namhafte Mehrerträge von 27.8 Mio. Fr. ergeben sich bei den laufenden Beiträgen für eigene Rechnung, wovon 12.5 Mio. Fr. höhere Beiträge von Gemeinden an die Abwasserbehandlung sowie 8.7 Mio. Fr. mehr Bundesbeiträge an die Prämienvverbilligung KVG.

Gegenüber der Rechnung 2001 stieg der laufende Aufwand um 223.4 Mio. Fr. oder 10.1% (*ohne SF*: 163.4 Fr. Mio. Fr.; 7.4 %). Die grösste Aufwandsteigerung von 72 Mio. Fr. ist bei den eigenen laufenden Beiträgen zu verzeichnen, wovon 27.5 Mio. Fr. für Prämienvverbilligung KVG, 9.5 Mio. für EL zu AHV-/IV-Renten und 15.6 Mio. Fr. Beiträge an private Institutionen. 58.8 Mio. Fr. Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr sind auf die Rückstellungen für die Ablösung der Zahlungsverpflichtung der Teuerungszulage auf den Renten und für zukünftige Abschreibungen von Investitionsbeiträgen in der Rechnung 2002 zurückzuführen. Des weiteren liegen die Abschreibungen um 30.5 Mio. Fr. höher als im Vorjahr. Der Personalaufwand hat um 20.3 Mio. Fr. zugenommen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Rechnung 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2002 inkl. NK
LAUFENDE RECHNUNG					
Aufwand	2'211.0	10.1	2'434.4	8.0	2'254.1
Ertrag	2'160.0	10.7	2'391.3	8.3	2'207.5
Saldo Laufende Rechnung	-51.0		-43.1		-46.6
INVESTITIONSRECHNUNG					
Ausgaben	159.9	9.7	175.4	0.1	175.2
Einnahmen	28.4	30.4	37.0	41.3	26.2
Nettoinvestitionen	-131.5	5.2	-138.4	-7.1	-149.0
SELBSTFINANZIERUNG					
Saldo Laufende Rechnung	-51.0		-43.1		-46.6
Abschreibungen Verwaltungsverm.	128.1	4.5	133.9	4.1	128.6
Selbstfinanzierung	77.1	17.7	90.7	10.6	82.0
Selbstfinanzierung	77.1	17.7	90.7	10.6	82.0
Nettoinvestitionen	-131.5	5.2	-138.4	-7.1	-149.0
Finanzierungssaldo	-54.4	-12.4	-47.6	-28.9	-67.0
Selbstfinanzierungsgrad	58.6	11.8	65.6	19.1	55.0

Auch auf der Ertragsseite ist gegenüber dem Vorjahr eine substantielle Zunahme von 231.3 Mio. Fr. oder 10.1% zu verzeichnen (*ohne SF: 151.3 Mio. Fr.; 7.0 %*). Hiervon fallen 155 Mio. Fr. auf höhere Erträge bei der Einkommenssteuer (70 Mio. Fr. aperiodisch). Zugenommen haben auch die Erträge aus Entgelten (20.5 Mio. Fr.), die Anteile an Bundessteuern (21.6 Mio. Fr.) sowie die Beiträge für eigene laufende Rechnung (39 Mio. Fr.)

In der *Investitionsrechnung* wird das budgetierte Ausgabenvolumen um 0.2 Mio. Fr. marginal überschritten. Die Einnahmen übersteigen den Budgetwert um 10.8 Mio. Fr. oder 41.3%. Die Mehreinnahmen setzen sich zusammen aus Erschliessungs- und Anschlussgebühren der Baurechtnnehmer im Rheinhafen Muttenz (+2.1 Mio. Fr.) sowie aus Investitionsbeiträgen des Bundes für Hochbauten (+4.9 Mio. Fr.) und Ausbau von Strassen (+2.9 Mio. Fr.). Infolge der Mehreinnahmen erreichen die Nettoinvestitionen das geplante Niveau von 149.0 Mio. Fr. um 10.6 Mio. Fr. nicht. Gegenüber der Rechnung 2001 haben die Nettoinvestitionen jedoch um 6.9 Mio. Fr. oder 5.2% zugenommen.

Die *Selbstfinanzierung* fällt mit 90.7 Mio. höher aus als budgetiert, da gegenüber dem Budget der Aufwandüberschuss tiefer und die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens höher ausfallen. *Ohne Sonderfaktoren ergibt sich eine Selbstfinanzierung von 70.7 Mio. Fr., was 11.3 Mio. Fr. unter dem Budget liegt.* Gegenüber dem Vorjahr verbessert sich die Selbstfinanzierung um 13.6 Mio. Fr. oder 17.7%. *Ohne Sonderfaktoren ergibt sich gegenüber der Rechnung 2001 eine Verschlechterung um 6.4 Mio. oder 8.3%.*

Der Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen muss mit ~~56~~65.6-4% als ungenügend betrachtet werden. Eine Verschuldung für Anlagegüter von langfristigem Gegenwert kann akzeptiert wer-

den. Der vorherrschende Trend mit defizitären Abschlüssen der Laufenden Rechnung hingegen mag nicht zu befriedigen.

3.2 Entwicklung der Selbstfinanzierung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Selbstfinanzierung. ~~hat im 10-Jahres-Verlauf im Jahr 2001 die Talsohle erreicht.~~

Selbstfinanzierung

Jahr	Mio. Fr.	In % der Netto-Investitionen	In % des Laufenden Aufwandes
1990	116	115	9.4
1991	16	13	1.2
1992	56	37	3.7
1993	57	37	3.7
1994	105	62	6.2
1995	139	81	7.9
1996	179	112	9.1
1997	138	88	6.9
1998	147	91	7.4
1999	146	96	7.0
2000	133	92	6.0
2001	74 77	56 59	3.3 5
2002	91	66	3.7
B 2003	81	54	3.5

3.3 Würdigung des Rechnungsabschlusses

Die Staatsrechnung schliesst im dritten Jahr in Folge mit einem Defizit in der Laufenden Rechnung ab. Um diesen Staatsrechnungsabschluss objektiv beurteilen zu können, ist er ohne Sonderfaktoren, d.h. ohne Steuereinnahmen aus dem Vorjahr und ohne 2. Tranche für Rückstellungen für Investitionsbeiträge zu analysieren. Ohne diese Sonderfaktoren beläuft sich der Verlust der Laufenden Rechnung auf 63.1 Mio. Franken. Damit setzt sich der im Finanzhaushalt des Kantons Basel-Landschaft seit 1999 erkennbare Trend einer sich verschlechternden Laufenden Rechnung fort. Der Staatshaushalt des Kantons Basel-Landschaft ist zunehmend strukturell überlastet.

Wie dies im Finanzplan 2003-2006 aufgezeigt wird, dürften sich ohne Gegenmassnahmen die kantonalen Finanzen in den kommenden Jahren weiter anspannen. Bereits sind in den kommenden Jahren zahlreiche gebundene Mehrausgaben abzusehen, bei welchen der Kanton keinen Handlungsspielraum hat. Zu erwähnen sind etwa Mehraufwändungen im Bereich des Bildungswesens durch die Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes oder Mehraufwand im Gesundheitswesens

infolge der zweiten KVG-Revision. Ungebrochen ist auch der Trend steigender Ausgaben im Sozialbereich namentlich bei den Beiträgen an die AHV/IV und an die Ergänzungsleistungen AHV/IV sowie bei den Prämienverbilligungen zum Krankenversicherungsgesetz.

Zwar dürfte auch die Ertragsseite weiter wachsen, jedoch nicht im gleichen Ausmass wie die Aufwandseite. Die Ertragsseite ist massgeblich abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Erholung der schleppenden Konjunktur in der Schweiz ist nach wie vor nicht in Sicht und es ist ungewiss, ob sich die Nordwestschweiz dieser Entwicklung auch weiterhin entziehen kann. Nicht ohne Auswirkungen auf den kantonalen Haushalt dürfte auch die dramatische Entwicklung der Bundesfinanzen bleiben. Treffen die angekündigten Einbrüche bei der direkten Bundessteuer und Verrechnungssteuer zu, schlägt sich dies direkt durch Einnahmenausfälle im Kantonshaushalt nieder. Des weiteren ist zu erwarten, dass die geplante Sanierung der Bundesfinanzen die kantonalen Haushalte tangieren wird.

Unter diesen Voraussetzungen besteht Handlungsbedarf, um den kantonalen Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Es bedarf grosser Anstrengungen, um die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Im Rahmen der Budgetierung 2004 werden Entlastungsmassnahmen erarbeitet.

4 Analyse der Rechnung 2002

4.1 Entwicklung der ~~Ausgaben~~Aufwandungen nach Artengliederung

Die verschiedenen ~~Ausgabenkategorien~~Aufwandkategorien haben sich gegenüber dem Budget und der Vorjahresrechnung wie folgt entwickelt:

Der **Personalaufwand** übersteigt das Budget lediglich um 2.7 Mio. Fr. oder 0.3%. Die vom Landrat genehmigte allgemeine Lohnanpassung von 0.6 Prozent war zentral bei der Finanz- und Kirchendirektion budgetiert. Damit resultiert beim Vergleich der einzelnen Lohnkonti in Budget und Rechnung eine Verzerrung. In den zusammenfassenden Tabellen "Entwicklung 2001-2002" ist die allgemeine Lohnanpassung auf Direktionsebene jeweils berücksichtigt.

Grössere Überschreitungen des budgetierten Personalaufwandes resultieren beim Kantonsspital Bruderholz und den Lehrpersonen (Gymnasien, Berufsschulen). Eine grössere Unterschreitung des Budgets ergibt sich bei der Polizei.

Gegenüber der Rechnung 2001 resultiert eine Zunahme des Personalaufwands um 20.3 Mio. Franken oder 2.7%. Von dieser Zunahme sind 8.5 Mio. Fr. (1.1%) auf die teuerungs- und erfahrungsstufenanstiegsbedingte Lohnsummensteigerung zurückzuführen. Die weitere Zunahme ist u.a. auf einen Stellenausbau bei den Kantonsspitalern und bei den Lehrpersonen zurückzuführen.

Der **Sachaufwand** übersteigt mit 258.0 Mio. Franken den budgetierten Betrag um 10.3 Mio. Franken oder 4.2%. Grosse Abweichungen gegen oben resultieren beim medizinischen Verbrauchsmaterial (+4.5 Mio. Fr. oder 15%), bei den Bankspesen (+2.3 Mio. Fr.), bei den Arzthonoraren und medizinischen Fremdleistungen(+1.9 Mio. Fr.), beim Gebäudeunterhalt (+1.8 Mio. Fr.) und beim Kauf von Maschinen, Apparaten (+1.4 Mio. Fr.). Beim Aufwand für Berater, Gutachter, Experten

wird der budgetierte Wert um 1.1 Mio. Fr. oder 9% unterschritten. Gegenüber der Rechnung 2001 resultiert eine Zunahme des Sachaufwands von 13.4 Mio. Fr. oder 5.5%. Diese Entwicklung ist wiederum auf dieselben Bereiche wie beim Vergleich zum Budget zurückzuführen.

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Rechnung 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2002 inkl. NK
Aufwand Laufende Rechnung					
30 Personalaufwand	757.7	2.7	778.0	0.3	775.3
31 Sachaufwand	244.6	5.5	258.0	4.2	247.7
32 Passivzinsen	54.7	40.8	77.0	49.9	51.4
33 Abschreibungen	149.0	20.4	179.5	27.0	141.3
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	113.3	6.2	120.3	5.7	113.8
35 Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen	86.7	6.5	92.3	2.0	90.5
36 Eigene Laufende Beiträge	673.4	10.7	745.4	7.2	695.0
37 Durchlaufende Beiträge	76.0	8.3	82.3	2.3	80.4
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds	6.2	940.5	65.0	572.0	9.7
39 Interne Verrechnungen	49.5	-26.0	36.6	-25.2	48.9
Gesamttotal Aufwand	2'211.0	10.1	2'434.4	8.0	2'254.1

~~Der Gesamtaufwand in der Laufenden Rechnung XXXXX~~

Die **Passivzinsen** übersteigen den Voranschlag um 25.6 Mio. Fr. oder 50%. Verantwortlich für diese Entwicklung ist eine massive Überschreitung der Vergütungszinsen der Staatssteuer (+17.8 Mio. Fr.). Erstmals erfolgte eine Abgrenzung von Vergütungszinsen auf Vorauszahlungen für die Steuerjahre 1999-2003. Die restliche Budgetüberschreitung resultiert bei den Zinsen für Kontokorrentkonti und Terminkredite (+9.0 Mio. Fr.).

Die **Abschreibungen** fallen mit ~~146~~179.5 Mio. Fr. um ~~35~~8.2 Mio. Fr. oder ~~3.7~~27% höher aus als budgetiert. Dies ist vor allem auf den Abschreibungsbedarf auf dem Finanzvermögen zurückzuführen: Hier schlagen die Abschreibungen für unerhältliche Gebühren bei den Gerichten (+3.1 Mio. Fr.) und die Abschreibungen und Wertberichtigungen im Bereich der Steuerguthaben (+26.2 Mio. Fr.) zu Buche. Zudem erfolgte eine Wertberichtigung der Aktien der Swiss International Air Lines auf den Steuerwert (+3.5 Mio. Fr.). Die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen unterschreiten den Budgetwert leicht (-1.4 Mio. Fr.). Hingegen liegen die ausserordentlichen Abschreibungen um 6.4 Mio. Fr. über dem Budget (Abschreibung der Swiss International Air Lines-Aktien auf den Erinnerungsfranken und Abschreibung des Kantonsnetzes WAN/MAN).

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung übertreffen das Budget um 6.5 Mio. Fr. oder 5.7%. ~~(Finanzausgleich XXXXXX)~~ Hier schlägt sich vor allem der höhere Finanzausgleich an Gemeinden (+6.9 Mio. Fr.) infolge Berücksichtigung der periodenfremden Steuererträge aus dem Jahre 2001 nieder. Hingegen fallen die Gemeindeanteile an kantonalen Steuern infolge geringerer Aufkommen an Grundstücksgewinn- und Handänderungssteuern tiefer aus als budgetiert (-1.6 Mio. Fr.).

Die **Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen** summieren sich auf 92.3 Mio. Fr. und weisen gegenüber dem Budget eine Abweichung von +1.8 Mio. Fr. oder 2% auf. Die Beiträge für Spitalabkommen einschliesslich ausserkantonale Hospitalisierungen liegen für Basel-Stadt 6.7 Mio. Fr. (inkl. Nachbelastung aus 2001 von 3.1 Mio. Fr.) über dem Budget. Die Beiträge für Spitalabkommen mit dem Kanton Solothurn liegen aufwandseitig 1.3 Mio. Fr. und ertragsseitig 2.0 Mio. Fr. über dem Budget. Die Entschädigungen an die Gemeinden sind um 4.8 Mio. Fr. tiefer als das Budget ausgefallen. Hiervon entfallen -2.1 Mio. Fr. auf die Annuitätenzahlungen an die Gemeinden für die Schulbauten (Sekundarschulen) infolge geringerer Restschuld und rückläufiger Investitions-tätigkeit. Aufgrund neu ausgehandelter Verträge ebenfalls unterschritten wird das Budget bei den Entschädigungen für Privatspitäler im Kanton Basel-Stadt (-2.3 Mio. Fr.).

Die **Eigenen Laufenden Beiträge** belaufen sich auf 745.4 Mio. Fr. und überschreiten den budgetierten Betrag um 50.4 Mio. Fr. oder 7.2 %. Davon allein machen die Mehrausgaben für Ergänzungsleistungen AHV/IV und Prämienverbilligungen KVG 20.7 Mio. Fr. (+12.6%) aus. Das Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, nach welchem die Kantone 60% an die innerkantonalen Behandlungen von zusatzversicherten Patienten an den Spitälern leisten müssen, verursachten nicht budgetierte Kosten von 9.8 Mio. Fr. für das Jahr 2002 sowie zusätzlich 10.3 Mio. Fr. für die Jahre 1996-2001. Ebenfalls 4.4 Mio. Fr. über dem Budget liegen die Beiträge an private Schulen und Kurse. In dieser Position sind jedoch für die Handelsschule KV Basel zwei Schuljahrrechnungen enthalten (Umstellung von rückwirkender auf gegenwartsbezogene Rechnungsstellung). Im Vergleich zum Vorjahr resultiert bei den Eigenen Laufenden Beiträgen eine starke Zunahme von 72 Mio. Fr.

Bei den **Einlagen in Spezialfinanzierung und Fonds** wird der Budgetwert um 55.3 Mio. oder 570% überschritten. Dies ist auf die bereits erwähnten 60 Mio. Rückstellungen für zukünftige Abschreibungen von Investitionsbeiträgen zurückzuführen.

Die **durchlaufenden Beiträge** liegen um 1.9 Mio. Fr. oder 2.3% über dem Budget. Diese Überschreitung korrespondiert mit der Ertragsseite der durchlaufenden Beiträge und ist saldoneutral.

Der Aufwand für **interne Verrechnungen** liegt deutlich unter dem Budget, da interne Verrechnungen zunehmend über die Betriebsbuchhaltung abgewickelt werden. Aufwand und Ertrag der internen Verrechnungen sind ebenfalls saldoneutral.

4.2 ~~Ausgaben~~-Entwicklung der ~~Einnahmen~~-**Erträge** nach Artengliederung

Die ~~Einnahmen~~-**Erträge** übersteigen insgesamt den budgetierten Wert um 183.8 Mio. Franken oder 8.3%, wobei dieses Ergebnis auf unterschiedliche Einfluss- und Sonderfaktoren zurückzuführen ist. Gegenüber der Vorjahresrechnung ist eine substantielle Zunahme von 9.7% zu verzeichnen, wel-

che vor allem in den Bereichen Steuern, Entgelte und laufende Beiträge für eigene Rechnung begründet liegt.

in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Rechnung 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2002 inkl. NK
Erträge Laufende Rechnung					
40 Steuern	1'161.1	11.7	1'314.5	12.0	1'173.3
41 Regalien und Konzessionen	34.0	-1.2	33.6	0.3	33.5
42 Vermögenserträge	90.1	-4.4	86.3	28.6	67.1
43 Entgelte	362.4	5.4	382.9	5.2	363.9
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	74.6	20.3	93.6	-18.4	114.8
45 Rückerstattungen von öffentlichen Gemeinwesen	43.9	10.9	49.3	10.8	44.5
46 Laufende Beiträge für eigene Rechnung	268.8	12.7	307.8	9.9	280.0
47 Durchlaufende Beiträge	75.5	8.0	82.0	2.0	80.4
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds	0.2	93.0	2.8		0.2
49 Interne Verrechnungen	49.4	-28.5	38.4	-22.8	49.8
Gesamttotal Einnahmen	2'160.0	9.7	2'391.3	8.3	2'207.5

Im Vergleich zum Budget bringen die Steuern 12% oder 141.2 Mio. Fr. Mehrertrag. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Steigerung 11.7%. Werden die Steuererträge aus dem Vorjahr im Umfang von 80 Mio. Franken periodengerecht zugeordnet, nehmen die Einnahmen aus Steuern gegenüber 2001 um 6.6 Mio. Franken ab.

Beim Steuerjahr 2002 handelt es sich um das zweite Jahr der Umstellung auf die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Für die Steuerjahre 2001 und 2002 beeinflussen ausserordentliche Faktoren aus der Bemessungslücke (1999 und 2000) das Steueraufkommen. Die Budgetierung der Steuererträge 2002 und die Schätzung der Steuererträge 2001 waren damit mit sehr grossen Unsicherheiten behaftet.

Die *Einkommenssteuern natürlicher Personen* übersteigen den budgetierten Wert um 97 Mio. Franken oder 13.4 %. Davon sind jedoch 70 Mio. Fr. periodenfremde Einkommenssteuern aus dem Jahre 2001, welche damals zu tief eingeschätzt und verbucht wurden. Ohne periodenfremde Erträge überschreiten die Einkommenssteuern natürlicher Personen den budgetierten Wert um 27 Mio. Fr. oder 4%.

Die *Vermögenssteuern natürlicher Personen* liegen um 9 Mio. Franken (10.1%) über dem Budget, was jedoch ausschliesslich auf periodenfremde Erträge zurückzuführen ist. Die per Ende 2001 verbuchten Vermögenssteuern zeigten sich um 10 Mio. Franken zu tief angesetzt. Die Differenz zum effektiv angefallenen Steueraufkommen 2001 wird nun in der Rechnung 2002 ausgewiesen. Auch hier sollte das positive Ergebnis nicht zu falschen Schlüssen verleiten: ohne periodenfremde Erträge liegen die Vermögenssteuern knapp (1%) unter dem Budgetwert. Bei der Schätzung des Steueraufkommens sind die gesunkenen Börsenkurse berücksichtigt worden.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die **Einnahmen-Steuererträge** gegliedert nach **nach Steuerarten**:

Steuern in Mio. Fr.	Rechnung 2001	% Ver. zu R 01	Rechnung 2002	% Ver. zu B 02	Budget 2002 inkl. NK
Einkommenssteuer nat. Personen	664.1	23.3	819.1	13.4	722.0
Vermögenssteuer nat. Personen	84.4	17.4	99.1	10.1	90.0
Grenzgänger, Nach- und Straf- steuern; Doppelbest.abkommen	31.5	19.3	37.6	13.3	33.2
Ertragssteuer juristische Personen	135.1	0.7	136.1	4.7	130.0
Kapitalsteuer juristische Personen	13.6	2.1	13.8	6.5	13.0
Kirchensteuer jurist. Personen	7.4	13.7	8.5	18.2	7.2
Abfindungen, Liquidationen	40.2	-20.2	32.1	167.2	12.0
Grundstückgewinnsteuer	34.7	-4.1	33.3	-16.8	40.0
Handänderungssteuer	31.3	-13.9	26.9	-3.9	28.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	50.0	-25.4	37.3	33.2	28.0
Verkehrssteuer	68.9	2.9	70.9	1.4	69.9
Gesamttotal Steuern	1161.1	13.2	1'314.6	12.0	1'173.3

Das Aufkommen *der Ertragssteuer* liegt um 6. Mio. Franken oder 4.7% über dem Voranschlag. Hier gilt zu beachten, dass mit einer Befragung bei den grösseren Steuerzahlern eine bessere Grundlage für die Schätzung geschaffen wurde. Der sehr hohe Ertrag aus *Steuern aus Abfindungen und Liquidationen* (20.1 Mio Fr. oder 167% über Budget) stammt zum grossen Teil noch aus der Bemessungslücke und hat einmaligen Charakter. Ebenfalls über dem Budget bleiben die Erträge aus der *Erbschafts- und Schenkungssteuer* für direkte Nachkommen (Budgetabweichung: +9.3 Mio Franken oder +33%). Trotz hohem Volumen wurden weniger steuerpflichtige Grundstücksgewinne realisiert, dies schlägt sich in einer Unterschreitung des Budgetwertes der *Grundstücksgewinnsteuer* von 16.8% nieder. Das *Verkehrssteueraufkommen* folgt dem bisherigen Trend, wonach mit jährlichen Zunahmen gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden kann.

Bei den **Vermögenserträgen** schlagen sich die um 14 Mio. Fr. über dem Budget liegenden Verzugszinsen auf Steuern positiv nieder.

Die **Entgelte** haben sich über den Erwartungen entwickelt und verzeichnen mit 382.9 Mio. Franken gegenüber dem Budget eine Abweichung von +19 Mio. Franken oder +5.2%. Mehreinnahmen resultieren bei den Pflgetaxen (+13.3 Mio. Fr.) und den Rückerstattungen Personalaufwand (+2.8 Mio. Fr.). Bei den Bussen werden gegenüber dem Budget Mehreinnahmen von 4.1 Mio. Fr. verzeichnet. Ebenfalls über dem Budget liegen die Erträge aus den Gerichtsgebühren (+1.1 Mio. Fr.), dem stehen jedoch Mindereinnahmen aus Gebühren der Bezirksschreiberein (-1.1 Mio. Fr.) gegenüber. Mindereinnahmen gegenüber dem Budget resultieren auch bei den Benutzungs-/Eintritts-Gebühren inkl. Hafenabgaben (- 1.3 Mio. Fr.) sowie den Entsorgungsgebühren (-1.5 Mio. Fr.).

Die **Anteile an Bundeseinnahmen** (direkte Bundessteuer und Verrechnungssteuer) liegen um 21.1 Mio. Fr. unter dem Budgetwert.

Bei den **Laufenden Beiträgen für eigene Rechnung** ergeben sich gegenüber dem Budget Mehrerträge von 27.8 Mio. Fr. oder 9.9%. Hiervon sind 12.5 Mio. Fr. Mehrertrag von Beiträgen der Gemeinden an die Abwasserbehandlung, da durch die Umstellung der Abwasserrechnung des AIB auf das Rechnungsjahr des Kantons in der Rechnung 2002 die Beiträge von mehr als einer Jahresperiode verbucht sind. Namhafte Mehrerträge von 8.7 Mio. Fr. resultieren auch bei den Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung KVG.

Bei den **Entnahmen aus Spezialfinanzierung und Fonds** resultiert ein nicht budgetierter Mehrertrag von 2.6 Mio. Fr. Es handelt sich um eine Auflösung der Rückstellung aus dem Jahr 2001 für die Sockelbeiträge für Zusatzversicherte (Urteil des Eidg. Versicherungsgerichts).

4.3 Finanzkennzahlen

Das untenstehende Finanzkennzahlen-System, das erstmals mit dem Voranschlag 2003 publiziert worden ist, ermöglicht es, die Entwicklung des Staatshaushalts anhand weniger Schlüsselgrössen (für die Definitionen vgl. nachfolgende Seite) zu beurteilt und mit anderen Kantonen zu vergleichen.

Die **Staatsquote** hat 2002 erneut zugenommen. Das Wachstum lag mit einem Prozentpunkt deutlich über der Zunahme der vorhergehenden Jahre. Die Staatsausgaben sind im letzten Jahr mit ca. 10 Prozent weit stärker gestiegen als das kantonale Volkseinkommen. Bereits im laufenden Jahr zeichnet sich aber eine Trendwende ab, wobei das Niveau der Staatsquote jedoch auf einem höheren Niveau verharret als in den Jahren 2000 und 2001. Im Gegensatz zur Staatsquote hält der Rückgang der **Steuerquote** im Jahr 2002 weiter an. Diese Entwicklung wird sich im laufenden Jahr fortsetzen, obwohl die negativen Effekte aus der Bemessungslücke wegfallen. **Brutto- und Nettoinvestitionsquote** bleiben weiterhin relativ stabil, was die Verstetigung des Investitionsniveaus zum Ausdruck bringt.

Finanzkennzahlen	2000 Rechnung	2001 Rechnung	2002 Rechnung	2003 Budget ²⁾
Staatsquote	15.3%	15.4%	16.3%	15.9%
Steuerquote ¹⁾	8.7%	8.6%	8.4%	8.1%
Brutto-Investitionsquote	1.3%	1.2%	1.3%	1.3%
Netto-Investitionsquote	0.2%	0.2%	0.3%	0.3%
Selbstfinanzierungsgrad	91.9%	58.6%	65.6%	54.3%
Neuverschuldungsgrad	8.1%	41.4%	34.4%	45.7%
Kapitaldienstanteil	4.5%	4.0%	4.7%	4.7%
Zinsbelastungsanteil	-0.9%	-1.7%	-0.4%	-0.8%
Investitionsanteil	8.3%	7.9%	7.7%	8.8%
Transferanteil	39.9%	41.6%	43.9%	42.9%

¹⁾ In der Rechnung 2001 wurden zur Berechnung der Steuerquote periodenfremde Steuereinnahmen des Jahres 2002 in der Höhe von 80 Mio. CHF addiert; für die Steuerquote 2002 wurden diese abgezogen.

²⁾ Vom Landrat am 11. Dezember 2002 beschlossenes Budget.

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Selbstfinanzierung ist der **Neuverschuldungsgrad 2002** gesunken. Aber bereits im laufenden Jahr ist wieder mit einer höheren Neuverschuldung zur Finanzierung der Investitionen des Kantons zu rechnen.

Trotz des anhaltenden Erstarkens der Ertragsseite und des nach wie vor tiefen Zinsniveaus ist der **Kapitaldienstanteil** im Rechnungsjahr 2002 gestiegen. Schuld daran sind unter anderem die gestiegenen Passivzinsen und die höheren Abschreibungen auf dem Finanzvermögen. Der **Zinsbelastungsanteil** ist weiterhin negativ, da der Nettovermögensertrag grösser ist als die Passivzinsen. Der **Investitionsanteil** am bereinigten Ertrag bleibt annähernd konstant und wird 2003 um mehr als einen Prozentpunkt steigen.

Der **Selbstfinanzierungsgrad** bleibt mit 65.6 Prozent weiterhin ungenügend, und bildet sich im laufenden Jahr sogar noch weiter zurück. Mittelfristig ist die politische Forderung zu erfüllen, dass die Nettoinvestitionen zu 100% aus eigener Kraft finanziert werden.

Definitionen der Finanzkennzahlen:

Staatsquote:	Konsolidierte Gesamtausgaben ³ in % des Volkseinkommens ³ .
Steuerquote:	Allgemeine Steuern (Kontogruppe 40 minus 406) in % des Volkseinkommens ⁴ .
Brutto-Investitionsquote:	Brutto-Investitionen in % des Volkseinkommens ³ .
Netto-Investitionsquote:	Netto-Investitionen in % des Volkseinkommens.
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen.
Neuverschuldungsgrad:	Finanzierungssaldo in % der Nettoinvestitionen.
Kapitaldienstanteil:	Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen abzüglich Nettovermögensertrag ⁵ in % des bereinigten Ertrags ⁶ .

³ Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung ohne Abschreibungen, durchlaufende Beiträge, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen.

⁴ Das kantonale Volkseinkommen wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) für alle Kantone ermittelt. Es ist die einzige Kennziffer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die auf Kantonsebene berechnet wird. Die aktuellste Angabe des BFS zum Baselbieter Volkseinkommen ist der provisorische Wert für das Jahr 2000. Die Zahlen für 2001 und die Folgejahre sind auf Grund der für das Budget 2003 angenommenen Prognosen hochgerechnet. Die ausgewiesenen Quoten für diese Jahre werden ändern, sobald das definitive Volkseinkommen des BFS für 2000 und neue Wachstumsprognosen vorliegen.

⁵ Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen.

Zinsbelastungsanteil:	Passivzinsen abzüglich Nettovermögensertrag ⁴ in % des bereinigten Ertrags ⁵ .
Investitionsanteil:	Eigene Investitionen (Investitionen in Sachgüter plus Eigene Investitionsbeiträge) in % des bereinigten Ertrags ⁵ .
Transferanteil:	Transfers (Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung plus Entschädigungen an öffentliche Gemeinwesen, Eigene Laufende Beiträge, Eigene Investitionsbeiträge) in % der konsolidierten Gesamteinnahmen ⁷ .

4.4 Kommentar zum Sektor Gesundheit

Seit der Einführung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) im Jahr 1996 sind die Gesundheitskosten (inkl. Verbilligung der Krankenkassenprämien) von ca. 22% auf knapp 25% des Aufwands in der Laufenden Rechnung gestiegen. Dies verdeutlicht den hohen Stellenwert des Gesundheitssektors im kantonalen Finanzhaushalt. Die Bruttokosten (mit den Ausgaben für die Verbilligung der Krankenversicherungsprämien) erreichten im Jahr 2002 ein Volumen von 603 Mio. Fr. Davon finanzierte der Kanton 266 Mio. Fr., was einem Anteil von 44.1% der gesamten Gesundheitskosten entspricht.

Gegenüber dem Vorjahr hat der Aufwand im Gesundheitswesen um 74 Mio. Fr. oder 14% zugenommen. Beim Ertrag ist in der gleichen Periode ein Wachstum von 32 Mio. Fr. oder 10.5% zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2001 stiegen die Nettokosten um 42 Mio. Fr. oder 18.8%.

Die relative Bedeutung der Gesundheitskosten für den Staatshaushalt hat seit der Einführung des KVG zugenommen. Seit 1997 sind die Gesundheitskosten um 39% gestiegen, der Gesamtaufwand des Kantons jedoch nur um knapp 22%. Dies hat zur Folge, dass sich der Anteil der Gesundheitskosten am Gesamtaufwand des Kantons von 21.6 % (Stand 1997) auf 24.8% erhöht hat. In diesem Zeitraum (1997-2002) liegt das Ertragswachstum im Gesundheitssektor mit 25.7% über dem Anstieg der Gesamterträge von 18.9%. Der Anteil der Erträge aus dem Gesundheitsbereich an den gesamten Erträgen in der Laufenden Rechnung ist seit 1997 von 13.3% leicht auf 14.1% gestiegen.

Weil die Ertragsentwicklung mit der Aufwandentwicklung im Gesundheitswesen nicht Schritt gehalten hat, sind die Nettokosten des Gesundheitswesens seit 1997 um 61% überproportional auf 266 Millionen Franken angestiegen. Finanzierte der Kanton im Jahre 1997 erst 38.1% der gesamten Gesundheitskosten (Aufwand in Tabelle = 100%), waren es 2002 bereits 44.1%.

⁶ Ertrag Laufende Rechnung abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds sowie interne Verrechnungen.

⁷ Gesamteinnahmen abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Fonds, interne Verrechnungen, durchlaufende Investitionsbeiträge.

Aufwand	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Ver.seit 1997
Spitalbetriebe ¹	309	313	310	330	360	376	22%
Spitalabkommen und Beiträge ²	61	52	61	70	74	99	62%
Übrige Gesundheitskosten ³	12	14	12	13	14	19	58%
Total ohne Prämienverbilligung	382	379	383	413	448	494	29%
Prämienverbilligung KVG ⁴	51	55	69	68	81	109	114%
Total mit Prämienverbilligung	433	434	452	481	529	603	39%
Erträge							
Spitalbetriebe ¹	215	219	217	232	245	260	21%
Spitalabkommen und Beiträge ²	11	15	6	7	10	9	-18%
Übrige Gesundheitsertrag ³	2	2	2	3	3	4	100%
Total ohne Prämienverbilligung	228	236	225	242	258	273	20%
Prämienverbilligung KVG ⁴	40	22	40	44	47	64	60%
Total mit Prämienverbilligung	268	258	265	286	305	337	26%
Saldo (Kosten-Erträge)							
Spitalbetriebe ¹	94	94	93	98	115	116	23%
Spitalabkommen und Beiträge ²	50	37	55	63	64	90	80%
Übrige Gesundheitskosten ³	10	12	10	10	11	15	50%
Total ohne Prämienverbilligung	154	143	158	171	190	221	44%
Prämienverbilligung KVG ⁴	11	33	29	24	34	45	309%
Total mit Prämienverbilligung	165	176	187	195	224	266	61%
¹ 2270, 2271, 2275, 2280, 2290, 2295, 2296 ² 2202 ³ 2201, 2204, 2205, 2260 ⁴ 2165 (366.20/460.00)							

Der Anteil der einzelnen Komponenten an den gesamten Gesundheitskosten hat sich über den betrachteten Zeitraum (1997-2002) verschoben. Auf die Spitalbetriebe (Kantonsspitäler, Kantonale Psychiatrische Dienste und Kantonales Altersheim) entfielen 1997 71% der Ausgaben, im Jahr 2002 betrug dieser Anteil noch 62%. Demgegenüber hat sich der Aufwandanteil der Prämienverbilligung KVG von 12% auf 18% erhöht. Ebenfalls ist der Anteil der Spitalabkommen von 14% auf 16% gestiegen. Der Anteil der übrigen Gesundheitskosten (Sanitätswesen, Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel, Kinder- und Jugendzahnpflege und Berufsschule für Pflege) an den gesamten Bruttoaufwendungen im Gesundheitswesen ist im Betrachtungszeitraum von 2.8% auf ca. 3.2% gestiegen.

Bei den Erträgen fallen 77% bei den Spitalbetrieben an und 19% stammen aus den Bundesbeiträgen für die Verbilligung der Krankenversicherungsprämien.

4.5 Kommentare zum Bildungssektor

Gegenüber der Rechnung 2001 ist der Aufwand im Bildungsbereich um weitere 3.2% gestiegen. Seit 1997 haben die Ausgaben im Bildungswesen um 112 Mio. Franken oder 27.4 % zugenommen. Der Teuerungsindex hat in der gleichen Zeitperiode um 4.1% zugelegt. Das überproportionale Wachstum der Bildungsausgaben zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Bildungskosten am Gesamtaufwand von etwa 20% (Stand 1997) auf aktuell 21.4% gestiegen ist. Der Stellenwert der Bildung im kantonalen Finanzhaushalt liegt somit unter demjenigen des Gesundheitsbereichs (24.8% an Gesamtausgaben).

Am stärksten gestiegen sind die Bildungsaufwändungen im vergangenen Jahr sowohl absolut als relativ bei der Berufsbildung. Die Wachstumsrate ist mit 9.3% die höchste aller Schulbereiche. Bezogen auf das Wachstum der gesamten Bildungsaufwändungen ist das Wachstum bei den anderen Schulbereichen unterproportional. Dadurch verschieben sich die relativen Bedeutungen der verschiedenen Schulbereiche am gesamten Bildungsaufwand. Der Anteil der Berufsbildung am gesamten Bildungsaufwand beträgt nun 22.7% gegenüber 21.4% im Vorjahr. Dies geht vor allem zu Lasten der Grundschulen, deren Anteil von 32.5% auf 32.1% gesunken ist sowie der Tertiären Schulen (von 25.7% auf 25.1%). Ebenfalls leichte Abnahmen verzeichnen die weiterführenden Schulen (von 12.9% auf 12.7%).

Obwohl die Erträge im Bildungssektor seit 1997 um 56% überdurchschnittlich gestiegen sind, finanziert der Kanton nach wie vor 89.2% der Bildungskosten. Allerdings betrug dieser Anteil im Jahre 1997 noch 91.2%.

Leistungsaustausch mit der Stadt Basel

4.6 5.5 Leistungsaustausch mit der Stadt Basel

Baselland wendet rund 10% des Laufenden Haushalts auf für die Abgeltung von Leistungen, die in der Stadt Basel erbracht werden, oder für Beiträge an gemeinsame Aufgaben (z. B. UKBB).

Bei den Abgeltungen handelt es sich um Leistungseinkäufe in den Bereichen Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Kultur. Die Ausgaben für Leistungseinkäufe haben gegenüber dem Vorjahr um 17 Mio. Franken oder 10 Prozent zugenommen. Diese Zunahme resultiert schwergewichtig in den Bereichen Bildung (+ 3 Mio. Fr.), Gesundheit (+ 9.1 Mio. Fr.) und öffentlicher Verkehr (+ 2 Mio. Fr.).

	<u>1996</u>	<u>1997</u>	<u>1998</u>	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>	<u>2002</u>
<u>Nettoabgeltungen an BS</u>	<u>121</u>	<u>141</u>	<u>131</u>	<u>145</u>	<u>167</u>	<u>163</u>	180
<u>Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS</u>	<u>20</u>	<u>28</u>	<u>32</u>	<u>52</u>	<u>50</u>	<u>54</u>	59
<u>Abgeltungen und Beiträge an gemeinsame Aufgaben mit BS</u>	<u>141</u>	<u>169</u>	<u>163</u>	<u>197</u>	<u>217</u>	<u>217</u>	<u>239</u>
<u>Aufwand Laufende Rechnung BL</u>	<u>1'958</u>	<u>2'001</u>	<u>1'992</u>	<u>2'086</u>	<u>2'221</u>	<u>2'211</u>	2'434
<u>Abgeltungen und Beiträge in % des Laufenden Aufwandes</u>	<u>7.20</u>	<u>7.45</u>	<u>8.17</u>	<u>9.42</u>	<u>9.78</u>	9.83	9.80
<u>Investitionen in regionale Infrastrukturvorhaben</u>		<u>3</u>	<u>22</u>	<u>8</u>	<u>16</u>	8	9

Bei der Zunahme der Beiträge an gemeinsame Aufgaben im Umfang von 5 Mio. Fr. ist zu berücksichtigen, dass aufgrund des Übergangs zur gegenwartsbezogenen Rechnungsstellung der Handelsschule KV Basel in der Rechnung 2002 zwei Jahresbeträge enthalten sind (ca. 3 Mio. Franken sind daher aperiodisch verbucht). Beim Beitrag an das UKBB resultiert gegenüber 2001 eine Zunahme von 2 Mio. Fr.

Der Regierungsrat wird dem Parlament einen Grundsatzbericht zur Partnerschaft BS-BL unterbreiten. Dieser Bericht beinhaltet eine Gesamtschau der partnerschaftlichen Geschäfte, d.h. eine Darstellung des Ist-Zustandes (Inhalt der Verträge mit finanziellen Angaben) sowie Leitplanken einer künftigen Politik und entsprechender Handlungsbedarf. Als Leitplanken für die Neugestaltung werden die Kriterien der Interkantonalen Rahmenvereinbarung zum NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen) herangezogen.

5 SWISS Aktien

Der Kanton Basel-Landschaft war vor dem Swissair-Debakel mit 0.16% am Aktienkapital an der Crossair und mit 0.27% an der Swissair beteiligt. Der Kanton möchte als Mitträger des EuroAirports

einen sicheren und verlässlichen Partner für die neue Fluggesellschaft darstellen. Der Regierungsrat hat daher im Rahmen seiner Finanzkompetenz seine Beteiligung an der neuen Fluggesellschaft Ende 2001 um 5 Mio. Franken erhöht, so dass der bisherige Aktienkapitalanteil gehalten werden kann. Mit dieser Beteiligung an der neuen Fluggesellschaft wollte der Kanton auch ein Zeichen der schweizerischen Solidarität setzen.

In der Staatsrechnung 2001 wurden die 33'855 Aktien der SAirGroup auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben. Per Ende 31.12.2001 betrug der Buchwert der liberierten Aktien Swiss International Air Line (Ex Crossair) 2'021'828.75 Fr. Im März 2002 erfolgte die Restliberierung im Umfang von 3'500'011 Fr. In der Staatsrechnung 2002 erfolgte nun eine Wertberichtigung der voll liberierten 100'101 Aktien der Swiss International Air Line um 3'419'718.75 Fr. auf den neuen Buchwert von 2'102'121 Fr. Die Aktien der Swiss International Air Lines waren bis anhin Bestandteil des Finanzvermögens und werden mit dem vorliegenden Rechnungsabschluss zum Buchwert Ende 2002 in das Verwaltungsvermögen überführt. Im Verwaltungsvermögen werden die 100'101 Aktien auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben. Diese Überführung ins Verwaltungsvermögen untersteht dem fakultativen Referendum.

6 Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen unterschreiten den budgetierten Betrag um 10.6 Mio. Fr. und betragen 138.4 Mio. Franken. Diese Entwicklung ist nicht etwa auf nicht ausgeschöpfte Investitionskredite zurückzuführen (die Ausgaben liegen nur 0.2 Mio. Fr. unter dem Voranschlag) sondern auf Mehreinnahmen in der Investitionsrechnung von 10.8 Mio. Fr. Diese setzen sich zusammen aus Erschliessungs- und Anschlussgebühren der Baurechtnehmer im Rheinhafen Muttenz (+2.1 Mio. Fr.) sowie aus Investitionsbeiträgen des Bundes für Hochbauten (+4.9 Mio. Fr.) und Ausbau von Strassen (+2.9 Mio. Fr.).

Bei den Investitionsausgaben sind gegenüber der Budgetierung einige grössere Verschiebungen festzustellen. Der Regierungsrat hat von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht und die Investitionsbeiträge an die Alters- und Pflegeheime der Gemeinden um 9.1 Mio. Fr. über den Budgetwert erhöht. Höhere Investitionsausgaben als budgetiert liegen auch im Bereich Wasserbau (+4.9 Mio. Fr.) und Hochbau (+3.5 Mio. Fr.) vor. Diese Überschreitungen werden jedoch praktisch vollständig durch Minderausgaben kompensiert. Namhafte Budgetunterschreitungen resultieren bei den Strassen/Hochleistungsstrassen (-8.2 Mio. Fr.) und beim AIB (Abwasser/Energie: -5.4 Mio. Fr.) sowie beim öffentlichen Verkehr (-4.7 Mio. Fr.).

7 Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten

Die Darlehen für die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung wurden durch den Bund vollständig zurückbezahlt. Die im Jahr 2002 zur Rückzahlung fällig gewordene Staatsanleihe im Betrag von 150 Mio. Franken zu 7.125% (davon 50 Mio. Franken für das Grundkapital der Kantonalbank) wurde durch eine neue 12jährige Staatsanleihe (zu 3.25%) abgelöst. Die Durchschnittsverzinsung hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert, und zwar von 4.3% auf 3.8%.

8 Antrag

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 25. März 2003

Im Namen des Regierungsrates

Die Regierungspräsidentin: Elsbeth Schneider-Kenel

Der Landschreiber: Walter Mundschin

Entwurf

Landratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2002

Vom 25. März 2003

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Staatsrechnung 2002, bestehend aus der Verwaltungsrechnung (Laufende Rechnung, Investitionsrechnung), der Bestandesrechnung sowie den Rechnungen der Fonds und Stiftungen, wird genehmigt.
2. Die Rückstellungen von 18 Mio. Fr. für zukünftige Abschreibungen von Investitionsbeiträgen und von 42 Mio. Fr. für die Ablösung der Verpflichtung zur Bezahlung der Teuerungszulage auf den auszubezahlenden Renten werden genehmigt.
3. Der Übertrag von 33'855 Aktien der Sairgroup Zürich und von 110'101 Aktien der Swiss International Air Lines AG Basel im Gesamtwert von 2'102'122 Fr. in das Verwaltungsvermögen, wobei diese Titel auf den Erinnerungsfranken abgeschrieben werden, wird genehmigt.
4. Vom Bericht der Finanzkontrolle zur Staatsrechnung 2002 wird Kenntnis genommen.
5. Ziffer 3 dieses Beschlusses untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Kantonsverfassung der fakultativen Volksabstimmung.

Liestal, 25. März 2003

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin: Ursula Jäggi

Der Landschreiber: Walter Mundschin